

PROTOKOLL DER SITZUNG DES STADTRATES

Montag, 22. Juni 2009, 19.00 Uhr, im Gemeindesaal, Kirchbühl 23

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im Amtsanzeiger für Burgdorf und Umgebung Nr. 24 und 25 vom 11. und 18. Juni 2009 bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadt- und Gemeinderates wurden überdies durch Zustellung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen zur Sitzung eingeladen.

Zur Sitzung sind erschienen:

Präsident	Herr Leibundgut Remo
Stimmzähler	Frau Rüfenacht Andrea und Herr Gnehm Urs
Mitglieder des Stadtrates	Damen und Herren Aeschlimann Martin, Bachmann Véronique, Berger Stefan, Biedermann Peter, Bucher Theophil, Buser Madeleine, Caesar Priska, Dubach Roland, Eberhard Werner, Friedli Daniel, Grimm Christoph, Gübeli Thomas, Haller Dieter, Heimgartner Gaby, Ingold Rolf, Jakob Beat-U., Kalbermatten Susanne, Keller Hansjörg, Kummer Brigitte, Messerli Niklaus, Mumenthaler Regina, Muster Adrian, Penner Nadaw, Pfister Urs, Pieren Nadja, Rappa Francesco, Rascher Barbara, Reusser Gabriele, Ritter Michael, Rosser Bruno, Rutschmann Gabriela, Schäppi Evelyne, Steinmann Christine, Wyss Christoph und Zaugg-Jost Christine
Entschuldigt	Damen Dätwyler Käthy und Kuster Müller Beatrice
Mitglieder des Gemeinderates	Damen und Herren Kolb Martin, Kummer Hugo, Probst Andrea, Rechner Beatrix, Urech Peter, Wisler Albrecht Annette und Zäch Elisabeth
Stadtschreiber	Herr Schenk Roman
Auskunftsperson	Herr Hofer Peter, Leiter Finanzdirektion
Protokoll	Frau Henzi Brigitte

TRAKTANDENLISTE

1. Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 25. Mai 2009	Seite	3
2. Informationen des Stadtratspräsidenten	Seite	3
3. Informationen aus dem Gemeinderat	Seite	3
4. Neuwahlen Volksschulkommission	Seite	5
5. Reglemente über die städtische Liegenschaftspolitik und die Förderung von Liegenschaften Dritter	Seite	6
6. Verwaltete Stiftungen Aufhebung der geltenden Reglemente und Kenntnisnahme der neuen Verordnung	Seite	7
7. Geschäftsbericht 2008; Beratung und Genehmigung	Seite	8
8. Stellungnahmen und Abschreibungsanträge des Gemeinderates zu den noch nicht erfüllten Motionen, Postulaten und Aufträgen	Seite	14
9. Verschiedenes und Unvorhergesehenes	Seite	17

* * *

Verhandlungen

Appell

Der durch den Stimmenzähler Gnehm Urs durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 38 Mitgliedern des Stadtrates (SR).

Der Rat ist beschlussfähig.

Traktandenliste

Es erfolgen keinerlei Änderungsanträge.

1. Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 25. Mai 2009

Es werden keine Bemerkungen gemacht.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig das Protokoll der Stadtratssitzung vom 25. Mai 2009.

2. Informationen des Stadtratspräsident

Stadtratspräsident Leibundgut Remo begrüsst die Anwesenden zur heutigen Stadtratssitzung. Im speziellen begrüsst er Herr Hofer Peter, Leiter Finanzdirektion, als Auskunftsperson.

Der Vorsitzende teilt mit, dass Stadtrat Pfister Christoph, SVP, aus persönlichen und gesundheitlichen Gründen seinen Rücktritt aus dem SR erklärt hat. Er war erst seit dieser Legislatur im Rat und besuchte nur einige Sitzungen. Für seinen kurzen Einsatz wird ihm gedankt und für die Zukunft alles Gute gewünscht. Als Nachfolgerin kann Kummer Brigitte im SR begrüsst werden. Ihr werden viele interessante und lehrreiche Stunden im Rat gewünscht. Im weiteren informiert der Vorsitzende, dass am 24. August 2009 die Informationsveranstaltung des SR stattfindet.

3. Informationen aus dem Gemeinderat

Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth und Gemeinderat Kolb Martin informieren über die überarbeitete Legislaturplanung 2009 – 2012. Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth orientiert, dass die erste Legislaturplanung bereits vorgelegt wurde. Bei dieser Legislaturplanung wurde die Strategie aufgezeigt, wie sich Burgdorf entwickeln soll und wie die Localnet-Millionen allenfalls investiert werden sollen. Nach der massiven Ablehnung war der Auftrag an den Gemeinderat (GR) klar. Die Legislaturplanung musste angepasst werden. Es durfte jedoch kein unüberlegtes oder hysterisches Sparen werden, dafür jedoch eine klare Strategie vorhanden sein. Es soll gespart werden, damit es auch nachvollziehbar ist. Zudem soll in verschiedenen Etappen gespart werden. Bei der Sparübung oder der Neuausrichtung der Legislaturplanung herrschte im GR überhaupt keine Katerstimmung. Die Herausforderung, wie trotzdem möglichst viel für Burgdorf erreicht werden kann, stand im Vordergrund. Burgdorf soll die attraktive Stadt im Emmental bleiben. Es muss zwar gespart werden, aber es besteht die Möglichkeit, das Beste daraus zu machen. Der GR hat als gutes Team diese Überarbeitung bewältigen können. Gemeinderat Kolb Martin informiert über die Herausforderungen und Rahmenbedingungen. In den letzten Jahren wurde durch eine klare Finanzstrategie die Schulden abgebaut, ein Eigenkapital gebildet und eine Steuersenkung vorgenommen. Der Erfolg musste entsprechend erkauft werden, das heisst Investitionen mussten zurückgebunden werden. Auch nach der Abstimmung über die Localnet sind immer noch Investitionen vorhanden und es besteht auch ein Nachholbedarf. Die Stadt Burgdorf weist gegenwärtig einen ausgeglichenen Finanzhaushalt auf. Man befindet sich aber nach wie vor im Standortwettbewerb mit anderen Städten. Die Stadt Burgdorf braucht auch inskünftig zukunftsweisende und zielgerichtete Investitionen. Mit der Ablehnung der Minderheitsbeteiligung an der Localnet AG stehen allerdings keine zusätzliche Mittel für Investitionen zur Verfügung. Wie bereits in den vergangenen Jahren wird man auf das vorhandene Eigenkapital zurückgreifen müssen. Es besteht kein finanzieller Spielraum für ausserordentliche Investitionen zugunsten der Stadtentwicklung. Aus diesem

Grund hat der GR die Legislaturplanung entsprechend überarbeitet und die Ziele weniger hoch gesteckt. Im Hinblick auf verschiedene Projekte müssen entsprechende Verzichts- und Einsparungsmöglichkeiten gesucht werden. Gemäss Gemeindeordnung muss ein ausgeglichener Finanzhaushalt vorhanden sein. Zudem ist in der Gemeindeordnung ebenfalls von einer Schuldenbremse die Rede. Ein Aufwandüberschuss, ein sogenannter Finanzfehlbetrag, muss innerhalb der nächsten vier Jahren gedeckt sein. Diese Frist kann mit einem qualifizierten Mehr des SR verlängert werden. Bis jetzt musste kein entsprechender Finanzfehlbetrag budgetiert werden. Man kann davon ausgehen, dass dies möglicherweise bereits ab 2011 der Fall sein wird. Im Jahr 2008 kam der SR mit der entsprechenden Verzichtsplanung zum Schluss, dass kein Spielraum für tiefgreifende Sparmassnahmen vorhanden sind. Der politische Wille hatte damals gefehlt mögliche Verzichte festzulegen. Verzichte sind aber dringend nötig, damit inskünftig die anstehenden Investitionen getätigt werden können. Nachdem das Stimmvolk der Localnet-Abstimmung negativ gegenüber gestanden ist, müssen die Investitionen überprüft werden, das heisst auch, die öffentlichen Leistungen, also der Service publik muss entsprechend überprüft werden. Als letzte Priorität sieht der GR eine entsprechend Steuererhöhung. Mit einem längerfristigen Verzicht eines grossen Teils der geplanten Investitionen können die Ziele der Stadtentwicklung klar nicht erreicht werden. Die Wettbewerbsfähigkeit der Stadt Burgdorf wird entsprechend leiden. Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth teilt mit, dass sich Burgdorf trotzdem positionieren kann und man nun schrittweise vorwärts gehen wird. Im Leitgedanken 1 wurde Burgdorf als wichtiges Zentrum vorgesehen. Die Umschreibung, dass Burgdorf als Entwicklungsmotor für die ganze Region wahrgenommen und unterstützt werden soll, musste gestrichen werden. Die dazu nötigen Investitionen sind nicht möglich. Welche Investitionen wurden zurückgestellt? Einerseits geht es in einem solchen Sparprozess um Investitionen und andererseits um wiederkehrende Kosten. Der Bahnhofplatz wird nur soweit angepasst, dass es funktioniert und der Busbahnhof läuft. Unlängst wurde für den öffentlichen Verkehr jährlich Fr. 400'000.-- mehr bewilligt. Der Verkehr muss sich trotzdem am Bahnhofplatz richtig entwickeln. Der Bahnhofplatz als Entwicklungsort wird zurückgestellt und erhält keine Priorität. Im weiteren sind die grösseren Projekte Casino und Markthalle auf der Pendenzenliste. Beim Casino liegen die aktuelle Planung sowie die Kosten vor. Die Markthalle wurde bereits zurückgestellt. Der GR setzt sich dafür ein, dass wenigstens das Casino nicht geschlossen werden muss. Der Theaterbetrieb soll Aufrecht erhalten bleiben und allenfalls mindestens auch das Restaurant. Der Verwaltungsrat der Markthalle soll soweit als möglich die Sicherheit bekommen, dass der Betrieb weiterhin möglich ist. Dies halt einfach nicht so, wie es sich der Verwaltungsrat vorgestellt hat. Diese beiden Institutionen sind sehr wichtig für die Stadt Burgdorf und ein Bestandteil der städtischen Infrastruktur. Deshalb müssen mit diesen beiden Institutionen das Gespräch gesucht werden um herauszufinden, was mit den beschränkten Mittel gemacht werden kann und was sie selber beitragen können. Es ist klar, dass die Darlehen der Stadt amortisiert werden müssen und man muss aufzeigen können, in welcher Zeit diese zurückbezahlt werden können. Dies muss aber am Runden Tisch geklärt werden. Bei den diversen Projekten beschäftigen die wiederkehrenden Zusatzaufgaben und -kosten, wie etwa die Fr. 400'000.-- für den öffentlichen Verkehr. Solche Projekte und Kosten machen Sorgen. Das Frühförderungsprojekt für Vorschul- und Schulkinder und die Integration fremdsprachiger Vorschulkinder sowie der städtische Kunstbesitz aufzuarbeiten und öffentlich zugänglich zu machen, wurde gestrichen. Im überarbeiteten Legislaturplan wurde zudem der Einsatz für ein starkes Regionalspital Emmental neu aufgenommen. Die Liste der Spitäler, welche gestrichen werden sollen, hat den GR zu diesem Schritt bewegt. Die Stadt Burgdorf und die Region müssen sich hinter das Regionalspital Emmental stellen. Diese Massnahme kostet nichts. Gemeinderat Kolb Martin informiert über den Leitgedanken 2. Bei diesem geht es um die Stärkung der Position der Stadt Burgdorf. Burgdorf soll ein attraktiver Wirtschafts- und Wohnortsstandort sein. In der überarbeiteten Legislaturplanung werden die Investitionen als light geführt und zusätzliche Ausgaben sollen möglichst verhindert werden. Im Leitgedanken 2 fallen die Konzentration der Verwaltung sowie das Angebotskonzept für den öffentlichen Verkehr weg. Das Angebotskonzept des öffentlichen Verkehrs wurde in den letzten Jahren in Burgdorf relativ stark ausgebaut. Es geht nun darum eine entsprechende Konsolidierung zu erbringen. Im Moment ist der Ausbau des öffentlichen Verkehrs nicht mehr Priorität. Zudem hat die aktive Förderung zur Umlagerung des Binnenverkehrs auf den Langsamverkehr ebenfalls nicht mehr Priorität. Bei der Jugend geht es darum, dass das bestehende Jugendleitbild umgesetzt wird, aber der Ausbau der Jugendarbeit gemäss den kantonalen Empfehlungen hat im Moment keine Priorität. Die Umsetzung des Zusammenarbeitskonzepts zwischen der Kadettenmusik und Musikschule ist ebenfalls nicht erste Priorität. Obwohl es eine gute Sache ist, wären die Folgekosten enorm. Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth teilt mit, dass der Leitgedanke 3 unverändert bleibt. Dies kann sich die Verwaltung leisten, weil die Stadt Burgdorf eine kompetente, kommunikative, kundenorientierte und bürgernahe Organisation ist. Die Kundenfreundlichkeit einer konzentrierten Verwaltung hat für den GR im Moment keine Priorität und ebenso wenig die Umnutzung der Altstadtliegenschaften. Dazu werden jedoch weitere Abklärungen gemacht und vollständige Unterlagen erarbeitet. Die internen Lohnverzerrungen werden nicht behoben und angepasst. Der GR hofft, dass es der SR als überlegtes Sparen anschaut. Es soll nicht

auf die Schnelle gespart werden. Im Moment wird das Budget 2010 erarbeitet. Die erste Version des Budgets zeigt ein Defizit von 6.5 Mio. Franken. Der GR ist der Meinung, dass dieses Defizit politisch nicht tragbar ist und hat beschlossen, dass das Defizit unter 4 Mio. Franken sein muss. Die Verwaltung wurde deshalb angehalten, 2.5 Mio. Franken einzusparen. Diese Einsparungen können nicht nur im generellen gemacht werden, es müssen auch die verschiedenen Leistungen angeschaut werden. Jede Direktion ist mit seinem politischen Leiter angehalten, das erwähnte Ziel zu erreichen. Auf gar keinen Fall soll ein Bilanzfehlbetrag vorliegen. Das Budget 2010 liegt im August 2009 vor. Danach wird abgeklärt, ob es eine neue Kommission braucht, die überlegt, auf welche Leistungen überparteilich verzichtet werden kann. Der GR will gut und überlegt sparen. Es herrscht trotzdem keine Katerstimmung.

Gemeinderat Kummer Hugo orientiert über die Generalversammlung der Localnet AG. Vorgängig zur Stadtratssitzung fand die Generalversammlung der Localnet AG im Stadthaus statt. Das Jahr 2008 war aus Sicht der Localnet AG ein sehr gutes Jahr. Die Localnet AG ist abhängig von der Witterung. Bei einem kalten Winter braucht es mehr Energie, Strom und Erdgas. Damit konnte ein solch guter Abschluss realisiert werden. Das Volk hat leider dem Votum des Verwaltungsrates nicht zugestimmt. Die Zusammenarbeit mit der BKW wäre für die Zukunft eine sehr gute Lösung gewesen. Für die Localnet geht es weiter, auch wenn es sich dabei nur um eine gute Lösung handelt. Die Zusammenarbeit mit der BKW wäre eine sehr gute Lösung gewesen. Wenn es Burgdorf gut geht, geht es auch der Localnet gut. Der Localnet ist es jetzt sehr gut gegangen. Der Verwaltungsrat der Localnet hatte deshalb das Gefühl, dass in der heutigen Wirtschaftslage und den nicht allzu rosigen Aussichten in der Industrie und dem Gewerbe dem Volk etwas zurück gegeben werden soll. Der Verwaltungsrat ist nicht der Meinung, dass man Millionen von Franken äufnen sollte und hat deshalb beschlossen, dem Volk eine Million Franken retour zu geben. Fr. 500'000.-- gehen an das Gewerbe und Industrie in Form von Rabatten und Fr. 500'000.-- gehen an die Kunden, welche Ende August ein Pro Burgdorf Gutschein im Wert von Fr. 50.-- erhalten. Diesen Beschluss hat der Verwaltungsrat vor der Localnet-Abstimmung gefasst. Mit diesem Entscheid erhält auch Pro Burgdorf einen Schub und bietet zudem eine gute und profitable Plattform. Der Dank gilt Herrn Gnehm Urs, Direktor Localnet AG, und der gesamten Belegschaft für die geleistete Arbeit und die gute Zusammenarbeit. Die Dividenden wurden zudem von 5 auf 6% erhöht, dadurch erhält die Stadtkasse Fr. 900'000.-- und nicht nur Fr. 750'000.-- wie budgetiert.

4. Neuwahlen Volksschulkommission

Stadtratspräsident Leibundgut Remo teilt mit, dass gemäss Art. 5 des Kommissionsreglement der SR auch das Präsidium der stadträtlichen Kommissionen bestimmt und im übrigen konstituieren sich die Kommissionen selber. Der Vorsitzende schlägt deshalb vor, dass zuerst die Kommissionsmitglieder in globo und anschliessend das Präsidium gewählt werden. Der Vorsitzende möchte wissen, ob der SR mit diesem Vorgehen einverstanden ist und ob jemand geheime Abstimmung wünscht.

Der SR stimmt dem Vorgehen stillschweigend zu.

Wahl Mitglieder

Gfeller-Münster Silvia, Oberburgstrasse 19, SP

Haller Dieter, Flurweg 19, SP

Friedli Clemens, Bahnhofstrasse 14, GFL

von Ballmoos-Heimgartner Irene, Felseggöheweg 6, SVP

Rascher-Aeschimann Barbara, Gerstenweg 19, BDP

Zwahlen Michel, Hofgutweg 4, BDP

Tschumi Walder Mirjam, Hirseweg 3, FDP

Der Stadtrat wählt einstimmig die Mitglieder der Volksschulkommission.

Wahl Präsidium

Haller Dieter, Flurweg 19, SP

Der Stadtrat wählt mit 34 Stimmen bei 4 Enthaltungen Herr Haller Dieter als Präsident der Volksschulkommission.

Stadtratspräsident Leibundgut Remo dankt im Namen des SR den ausscheidenden Mitglieder der Volksschulkommission für die geleistete Arbeit. Am 2. Juli 2009 werden die Mitglieder verabschiedet.

5. Reglemente über die städtische Liegenschaftspolitik und die Förderung von Liegenschaften Dritter

Stadtratspräsident Leibundgut Remo teilt mit, dass von den Fraktion FDP-JF, GFL und BDP diverse schriftliche Abänderungseinträge eingegangen sind und zudem werden noch mündliche Abänderungsanträge im Rahmen der Diskussion folgen. Der Vorsitzende informiert über die eingereichten schriftlichen Abänderungsanträge. Es liegen nun einige Abänderungsanträge vor, welche nicht allen Mitgliedern des SR und Parteien vorliegen um diese entsprechend zu diskutieren. Es wird befürchtet, dass dadurch das Reglement fehlerhaft und nicht genügend ausformuliert sein wird. Damit wären neue Probleme vorprogrammiert. Das Vorgehen wurde vorgängig kurz mit Gemeinderat Urech Peter und dem Stadtratsbüro besprochen und zugestimmt. Deshalb stellt der Vorsitzende gemäss Artikel 18 Absatz 1 des Stadtratsreglements zuerst die Eintretensfrage. Es wird aus diesem Grund eine kurze Pause gemacht, damit abgeklärt werden kann, wie man über die Eintretensfrage abstimmt. Wenn der SR auf das Geschäft nicht eintreten wird, wird das Geschäft in der Stadtratssitzung im September nochmals traktandiert. Der GR hat damit die Gelegenheit gewisse Änderungen bereits vorzunehmen. Die Abänderungsanträge der Parteien sollen in die Vorlage bereits einfließen. Falls der SR auf das Geschäft eintreten will, wird dieses selbstverständlich behandelt.

Pause

Stadtrat Berger Stefan, namens der SP-Fraktion, ist mit dem vorgeschlagenen Vorgehen einverstanden. Die Fraktionen werden gebeten, die Änderungen jeweils allen Fraktionen zuzustellen damit die Diskussionen etwas verringert werden können.

Stadtrat Grimm Christoph, namens der GFL-Fraktion, teilt mit, dass man grundsätzlich auf das Geschäft eintreten wollte. Es wurden aber viele Anträge eingereicht. Man kann das Vorgehen nun als Vernehmlassung betrachten. Für die gute Grundlage wird gedankt. Wenn nun alles ernst genommen wird und es auch unter einen Hut bringt, ist die GFL-Fraktion mit dem vorgeschlagenen Vorgehen einverstanden.

Stadtrat Friedli Daniel, namens der SVP-Fraktion, orientiert, dass es sinnvoll ist um ein gutes Reglement zu erarbeiten, das Geschäft zurückzuweisen.

Stadtrat Ritter Michael, namens der FDP-Fraktion, schliesst sich den Voten der Vorredner an. Es wird ebenfalls empfohlen auf das Eintreten zu verzichten. Die Änderungen der Fraktionen sollen eingebunden werden.

Stadtrat Ingold Rolf, namens der BDP-Fraktion, teilt mit, dass man sich dem vorgeschlagenen Vorgehen anschliesst.

Stadtrat Keller Hansjörg, namens der GPK, beantragt, wenn das Reglement verschoben wird, dass der GR die Gelegenheit hat alle Änderungsanträge zu prüfen. Das Geschäft muss dann wieder auf dem regulären Weg im SR traktandiert werden. Die Fraktionen müssen bis im August ihre Änderungen formulieren und dem GR zustellen. Damit ist gewährleistet, dass das Reglement auf gutem Boden steht.

Der Stadtrat beschliesst einstimmig auf das Geschäft nicht einzutreten.

Stadtratspräsident Leibundgut Remo informiert, dass nun die Parteien gefordert sind. Die Abänderungsanträge der Fraktionen sollen so rasch als möglich eingereicht werden. Die bereits vorliegenden Änderungen werden dem Sekretariat des SR abgegeben. Die Fraktionen werden gebeten, ihre Änderungen den anderen Fraktionen ebenfalls zuzustellen sowie ebenfalls der Stadtverwaltung bzw. dem Sekretariat des SR. Die Abänderungsanträge werden schriftlich bei den Grundlageakten beigelegt.

6. Verwaltete Stiftungen

Aufhebung der geltenden Reglemente und Kenntnisnahme der neuen Verordnung

Stadtrat Berger Stefan, namens der GPK, teilt mit, dass anlässlich der Sitzung vom 4. Juni 2009 die Herren Urech Peter, Schenk Roman und Hofer Peter über das Geschäft informiert haben. Dieses Geschäft ist das Resultat einer Empfehlung aus dem Jahre 2004 der damaligen Revisionsgesellschaft BDO Visura bezüglich der Überprüfung der Zwecke der städtischen Stiftungen sowie möglicher Zusammenlegungen derselben. Eine Bereinigung hatte letztmals 1989 stattgefunden. Eine Übersicht über die verwalteten Stiftungen gibt der Geschäftsbericht auf Seite 57. Diese Übersicht ist im Moment noch etwas schwer nachvollziehbar, da es sich dabei um echte Stiftungen, also diejenigen über die wir in diesem Geschäft diskutieren, um Vermögenswerte ausserhalb der Gemeinderechnung sowie um Guthaben einzelner Institutionen handelt. Diese Beträge werden alle durch die Finanzdirektion betreut und zu Kontrollzwecken einzeln unter dieser Rubrik geführt. Mit der Anpassung der verwalteten Stiftungen wird es auch unumgänglich sein, in den kommenden Geschäftsberichten zur besseren Lesbarkeit Verbesserungen in der Darstellung vorzunehmen. Diese Anregung ist von der Finanzdirektion anlässlich der Diskussion in der GPK bereits aufgenommen worden und wird im nächsten Geschäftsbericht einfließen. Die GPK beschliesst einstimmig ohne Abwesenheit den Anträgen des GR zuzustimmen.

Gemeinderat Urech Peter informiert, dass die Stadt Burgdorf seit Jahrzehnten verschiedene Stiftungen mit unterschiedlichen Zwecken verwaltet. In den Grundlageakten befindet sich eine Aufstellung dieser Fonds. Zudem wurde an der heutigen Sitzung dem SR eine Aufstellung verteilt, bei der die Vermögensstände per 31. Dezember 2008 ersichtlich sind. Wie aus den Grundlageakten ersichtlich, können die Zweckbestimmungen nicht mehr umgesetzt und die damit verbundenen Mittel nicht mehr sinnvoll genutzt werden. Als Beispiel sei der Fonds zur Errichtung eines Musikpavillons zwecks der Durchführung von öffentlichen Konzerten genannt. Dieser Fonds widerfährt eine Zweckänderung indem neue Projekte im Musikbereich sowohl bei der Infrastruktur und bei Veranstaltungen unterstützt werden sollen. Ein Teil der Mittel im Fonds soll für die Sanierung des Klavierflügels einfließen. Zugebenermassen ist dieses Geschäft, welches im Jahr 2004 von der Revisionsgesellschaft empfohlen wurde, nicht in aller ersten Dringlichkeit umgesetzt worden. Es gab dringlicher Probleme in Burgdorf, welche gelöst werden mussten. Wie eine Anfrage beim AGR ergeben hat, muss nicht zwingend ein Reglement die Rechtsgrundlage für verwaltete Stiftungen sein, es genügt dazu eine in der Kompetenz des GR liegende Verordnung. Deshalb nimmt der SR gemäss Antrag von dieser Verordnung lediglich Kenntnis. Mit der neu geschaffenen Rechtsgrundlage werden die im Antrag aufgeführten Reglemente hinfällig. Der Erlass und damit die Aufhebung der Reglemente fallen aber in die Zuständigkeit des SR. Deshalb muss der SR über das Geschäft formell befinden. Die Aufhebung wird rückwirkend per 31. Dezember 2008 verlangt. Die Anregung von Stadtrat Berger Stefan betreffend der Seite 57 im Geschäftsbericht ist aufgenommen und wird im nächsten Jahr eine bessere Klarheit haben.

Seitens des SR erfolgen keine Bemerkungen.

Beschlussanträge:

1. Der Stadtrat nimmt von der Verordnung über die verwalteten Stiftungen der Stadt Burgdorf Kenntnis.
2. Der Stadtrat genehmigt die Aufhebung der Reglemente über den Sozialfonds der Stadt Burgdorf, über den Hilfsfonds für die Arbeitnehmer der Stadt Burgdorf und ihre Hinterbliebenen, über den Fonds für Altersfürsorge und über den Fonds zu Hilfs- und Fürsorgezwecken rückwirkend per 31. Dezember 2008.
3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Beschlussanträge.

7. Geschäftsbericht 2008; Beratung und Genehmigung

Stadtratspräsident Leibundgut Remo dankt allen Verantwortlichen in der Stadtverwaltung für die geleistete Arbeit.

Stadtrat Keller Hansjörg, namens der GPK, teilt mit, dass nun bereits der dritte Geschäftsbericht nach NPM vorliegt, also die Verschmelzung von Verwaltungsbericht und Jahresrechnung. Im Votum wird der Geschäftsbericht 2008 in folgenden drei Schwerpunkte abgehandelt: Verwaltungsbericht, Ergebnisprüfung und Jahresrechnung. Am 14. Mai 2009 führte die GPK in einer ganztägigen Veranstaltung die Ergebnisprüfung durch. Zur Ergebnisprüfung werden anschliessend noch Erläuterungen gemacht. Am 4. Juni 2009 behandelte die GPK im Rahmen der ordentlichen Sitzung den gesamten Geschäftsbericht und verabschiedeten den Bericht zur Ergebnisprüfung. Wenn der erste und zum Teil der zweite Geschäftsbericht als Prototypen bezeichnet wurden, handelt es sich beim vorliegenden dritten mittlerweile wirklich um ein weiter gereiftes Produkt. Der mittlerweile gefundene Grundaufbau hat sich bewährt. Der Geschäftsbericht ist ein gut strukturiertes, übersichtliches und gut dargestelltes Produkt geworden. Der Geschäftsbericht ist informativ und es macht Freude diesen zu studieren. Die Kommentare der einzelnen Direktionen innerhalb ihrer Produktgruppen sowie im Anhang sind homogener geworden. Es hat sich ein gewisser Standard eingestellt, der in den nächsten Jahren in Feinarbeit noch weiter verbessert werden kann. Prägnante Kommentare sind zum Verständnis des Berichtes absolut notwendig. Redaktionelle Kommentare von Seiten der GPK sind im GPK-Protokoll ersichtlich, über welches die Fraktionspräsidenten verfügen. Aus diesem Grund muss an dieser Stelle nicht auf diese redaktionellen Kommentare und Empfehlungen der GPK eingegangen werden. Zusammenfassend aber macht die redaktionelle Grundstruktur des Geschäftsberichtes Freude, ebenso der Inhalt. Mit diesem Geschäftsbericht erhält der Leser mit wenig Zeitaufwand viele Informationen, über das was im Jahr 2008 in Burgdorf alles geschehen ist. In diesem Sinne dankt die GPK der gesamten Verwaltung und allen Angestellten der Stadt Burgdorf für ihre geleistete Arbeit. Gemäss Artikel 121 der Gemeindeverordnung setzt die Gemeinde ein Organ ein, das die Ergebnisse der Leistungs- und Wirkungsmessung überprüft. In der Stadt Burgdorf ist diese Aufgabe mit Artikel 36 Absatz 4 im Organisationsreglement des SR der GPK übertragen. Hauptaufgabe ist es, jährlich die Berichterstattung über die Zielerreichung zu prüfen und den SR über das Prüfergebnis zu informieren. Die GPK überprüft im Rahmen der wirkungsorientierten Verwaltungsführung die Ergebnisse der Leistungs- und Wirkungsmessung. Es handelt sich dabei um eine Nachprüfung von abgeschlossenen Vorgängen. Es geht darum, zu prüfen, ob die Daten über die Standards und Indikatoren richtig erhoben, erfasst, zusammengestellt, ausgewertet und kommentiert werden. Die Erkenntnisse der GPK werden in einem Bericht zusammengefasst. Wie bereits erwähnt, erfolgte die Ergebnisprüfung am 14. Mai 2009 in einer ganztägigen Veranstaltung. Die GPK hat 3 Prüfteams gebildet und insgesamt 6 Produktgruppen unter Beizug von Auskunftspersonen der entsprechenden Direktion der Stadtverwaltung überprüft. Um einen guten Querschnitt zu erzielen, hat die GPK von jeder Direktion, ausser der Sozialdirektion, eine Produktgruppe ausgewählt und überprüft. Die Sozialdirektion wurde insofern verschont, weil geplant ist, diese anlässlich der diesjährigen Verwaltungskontrolle im August zu besuchen. Die GPK wurde von allen Direktionen sehr freundlich empfangen, es herrschte volle Transparenz. Die Gespräche mit den Vertreterinnen und Vertretern der Stadtverwaltung verlief sehr konstruktiv. Die GPK dankt der Verwaltung und den Auskunftspersonen für ihre Kooperationsbereitschaft. Die Ergebnisse wurden protokollarisch festgehalten. Am Nachmittag wurde der Gesamtkommission mündlich Bericht erstattet. Die GPK hat darauf die Ergebnisse beraten, gewürdigt, Empfehlungen ausgearbeitet und das Ganze in einem Bericht festgehalten. Das geprüfte Geschäftsjahr 2008 ist die dritte Periode unter vollständigem NPM der Stadtverwaltung. Insgesamt bleibt der Eindruck, dass die Direktionen gut mit NPM zu recht kommen. Zwischen den Direktionen sind allerdings noch deutliche Unterschiede in der Handha-

bung der NPM-Instrumente zu verzeichnen. Dies hat sich bei der diesjährigen Prüfung insbesondere in der unterschiedlichen Handhabung der internen Verrechnung von Leistungen gezeigt, welche die Direktionen gegenseitig erbringen. Die Stadtverwaltung verfügt über ein einheitliches Controlling-Konzept. Die Vorgaben hinsichtlich Controlling und Indikatorenbewirtschaftung werden eingehalten. Im Laufe der letzten 3 Jahre hat es sich gezeigt, dass einzelne Wirkungs- und Leistungsziele sowie die dazugehörigen Indikatoren für eine zielorientierte Steuerung ungeeignet sind. Erste Anpassungen dieser Ziele und oder deren Indikatoren sind diesen Herbst für das Budget 2010 zu erwarten. Die Indikatorenbewirtschaftung sollte einen ständigen Prozess darstellen, in den die betroffene Basis der Stadtverwaltung unmittelbar einbezogen wird. Damit ist es unbedingt erforderlich, dass Anpassungen von Zielen und Indikatoren künftig in einem klar vorgegebenen Verfahren erfolgen und dem SR in geeigneter Weise kommuniziert wird. Letztlich muss die GPK feststellen, dass die Kommentierung der Abweichungen von den Zielen im Geschäftsbericht teilweise immer noch ungenügend ist und damit dem SR ein Steuern mit dem NPM-Instrumentarium erschwert wird. Aus der Ergebnisprüfung sind 7 Empfehlungen für die gesamte Stadtverwaltung und insgesamt 7 weitere Empfehlungen für die Produktgruppen 13, 24, 31, 41 und 71 entstanden. Diese sind im Bericht aufgelistet. Die Mitglieder des SR können diesen Bericht bei den nächsten Grundtageakten einsehen. Die GPK bestätigt, dass der Geschäftsbericht, also die Berichterstattung des GR unter Vorbehalt der oben erwähnten und im Bericht zusätzlich aufgeführten Punkte aussagekräftig und richtig ist. Von Seite der Ergebnisprüfung beantragt die GPK, den Geschäftsbericht des GR zu genehmigen. Die Rechnung 2008 schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 2.243 Mio. Franken, aber doch um 1.424 Mio. Franken besser als budgetiert. Dafür konnte bei der Finanzierung statt eines Fehlbetrages ein Überschuss von 8.725 Mio. Franken erzielt werden. Also um 17.447 Mio. Franken besser als budgetiert. Die budgetierte Neuverschuldung von 7 Mio. Franken konnte um 2.5 Mio. Franken kleiner gehalten werden. Mit einer notwendigen Verschuldung von 4.5 Mio. Franken erhöhten sich die Schulden auf den neuen Bestand von 56 Mio. Franken. Weitere wesentliche Zahlen und Erklärungen finden sich im Geschäftsbericht auf den Seiten 35 bis 39. An dieser Stelle macht es keinen grossen Sinn von GPK-Seite her, zusätzliches zu den Zahlen und der Rechnung zu sagen. Darauf wird sicher Gemeinderat Urech Peter als zuständiger Vertreter eingehen. Die GPK möchte sich zuerst bei den Auskunftspersonen Schenk Roman, Hofer Peter und Urech Peter bedanken, die geduldig, ausführlich und sehr kompetent alle kritischen Fragen der GPK beantwortet haben. Im weiteren möchte sich die GPK für die umsichtige Führung und die übersichtliche Rechnung bei allen in der Finanzdirektion und bei allen Beteiligten, welche zum guten Ergebnis beigetragen haben, bedanken. Die GPK empfiehlt dem SR einstimmig, die Beschlussanträge des GR auf der Seite 273 des Geschäftsberichts und damit den Geschäftsbericht 2008 zu genehmigen.

Gemeinderat Urech Peter teilt mit, dass zuerst allgemeine Bemerkungen zum Geschäftsbericht gemacht werden. Der Dank gilt allen Verantwortlichen der Stadtverwaltung für die geleistete Arbeit. Beim dritten Geschäftsbericht handelt es sich bereits um eine validierte Fassung, der Grundaufbau hat sich bewährt und die Lesbarkeit wurde verbessert. Die vom SR eingebrachten Bemerkungen wurden zum Teil übernommen, aber es können nicht alle Wünsche erfüllt werden, weil es sich um eine Standardsoftware handelt. Die Kommentierung der Abweichungen in der Kostenrechnung und die Auswertung der Wirkungs- und Leistungsziele wurden vereinheitlicht. Insgesamt kann festgestellt werden, dass sich die Kommentierung zur Erreichung der Legislaturzielen als ein wertvolles Instrument erweist. Das Defizit beträgt 2.2 Mio. Franken. Dieses Defizit ist aber um 1.4 Mio. Franken besser als budgetiert. Das Defizit entspricht in etwa 2% des Gesamtumsatzes. Das Ergebnis entspricht ziemlich genau dem Voranschlag 2008. Die wesentlichen Abweichungen zum Budget sind die tieferen Beratungskosten sowie tiefere Porto- und Telefonkosten. Ein wesentlicher Faktor sind zudem die Minderabschreibungen durch die Schulhaus AG sowie Mehreinnahmen bei den Steuererträgen von natürlichen und juristischen Personen. Zudem mussten weniger Ersatzabgaben geleistet werden und weiter sind mehr Subventionsbeiträge von Bund und Kanton zu verzeichnen. Im Bereich der Informatik sind zusätzliche Abschreibungen zu verzeichnen, es mussten mehr Einlagen in die Spezialfinanzierung getätigt werden, zudem sind Mindereinnahmen aus Buchgewinne zu verzeichnen und Rückstellungen für die Sanierung der Pensionskasse getätigt worden. Bei diesem Rechnungsergebnis handelt es sich um das zweite Ergebnis der letzten 11 Jahren mit einem Aufwandüberschuss. Die Gründe für dieses Defizit liegen in erster Linie in den Folgekosten der massiv getätigten Investitionen. Die übrigen Kosten entsprechen dem Budget und sind im Mehrjahresvergleich stabil. Die Entwicklung der Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen konnte im Budget 2008 trotz Mindereinnahmen durch die Steuergesetzesrevision und mit einer leichten Zunahme der Realloohnerhöhung mit Mehreinnahmen von ca. 2% gerechnet werden. Das Wachstumsziel konnte leider nicht erreicht werden. Bei den Steuereinnahmen der juristischen Personen konnte die budgetierte Steigerung gegenüber dem Vorjahr nicht ganz erreicht werden. Trotzdem ist eine erfreuliche Zunahme von 30% respektive von 0.9 Mio. Franken zu verzeichnen. Es wurden Rückstellungen im Umfang von 0.5 Mio. Franken vorgenommen. Vor allem

weil die Steuereinnahmen von juristischen Personen grösstenteils auf Selbstschätzung der Jahre 2006 bis 2008 basieren. Wenn die wirtschaftliche Entwicklung angeschaut wird, sind diese Einnahmen aber fragwürdig. Es ist denkbar, dass Rückzahlungen geleistet werden müssen. In die Infrastruktur der Stadt Burgdorf sind von den budgetierten 10.2 Mio. Franken rund 7 Mio. Franken investiert worden. Das entspricht einer Ausschöpfung von rund 68%. Die getätigten Investitionen sind im Geschäftsbericht auf den Seiten 60 bis 72 aufgelistet. Die Schuldenentwicklung verläuft entsprechend der Finanzplanung. Die Schulden konnten in den vergangenen Jahren von 75 auf 51.5 Mio. Franken reduziert werden. Dahinter steht die Strategie, Raum zu schaffen für die Investitionsstarken Jahren. Von der budgetierten Neuverschuldung von 7 Mio. Franken mussten lediglich 4.5 Mio. Franken beansprucht werden. Dank günstigen Zinspositionen konnte die Neuverschuldung und die Refinanzierungen zu günstigen Konditionen langfristig eingebunden werden. Die durchschnittliche Zinsbelastung konnte von 3.3 auf 3% gesenkt werden. Durch die Ertragsüberschüsse der letzten Jahre konnte ein Eigenkapital von über 11 Mio. Franken geäufnet werden. Dieses Eigenkapital wird gemäss Finanzplan dazu verwendet um künftige Defizite zu finanzieren. Eine erste Beanspruchung des Eigenkapitals musste per 2007 mit Fr. 760'000.-- erfolgen. Im 2008 fällt die Belastung mit 2.2 Mio. Franken höher aus. Deshalb beträgt das Eigenkapital per 31. Dezember 2008 8.1 Mio. Franken. Dies entspricht rund vier Steuerzehntel. Die Saldi bei den Wirkungs- und Leistungszielen entsprechen weitgehend den budgetierten Deckungsbeiträgen. Keine Produktgruppe schliesst mit einer Abweichung grösser als Fr. 200'000.-- ab. Dadurch ist kein Nachkredit in Kompetenz des SR nötig.

Stadtratspräsident Leibundgut Remo informiert über das weitere Vorgehen. Nach bewährter Art wird der Geschäftsbericht im SR behandelt. Zuerst wird der Geschäftsbericht im Allgemeinen behandelt und danach erfolgt die Detailberatung.

Stadtrat Rosser Bruno, namens der SVP-Fraktion, teilt mit, dass man sich ausführlich mit dem Geschäftsbericht befasst hat und man sich dem GR anschliesst. Die SVP-Fraktion dankt allen Beteiligten für den umfangreichen und informativen Geschäftsbericht. Den Angestellten der Stadt Burgdorf gebührt ebenfalls ein grosses Lob für ihren Einsatz zugunsten der Öffentlichkeit. Die SVP-Fraktion hat nicht mit Freude, jedoch mit Erleichterung zur Kenntnis genommen, dass der Aufwandüberschuss von 3.8 auf 2.24 Mio. Franken reduziert werden konnte. Die Stadt Burgdorf muss sich aber zusätzlich mit einer neuen Nettoverschuldung von 4.5 Mio. Franken belasten. Gemäss Geschäftsbericht ergibt dies eine Gesamtverschuldung per 31. Dezember 2008 von 56 Mio. Franken. Ohne ausserordentliche Massnahmen wird es in Zukunft nicht möglich sein die anstehenden Grossinvestitionen zu finanzieren. Es kann nicht jedes Jahr eine massive Neuverschuldung geben. Die mageren Jahre stehen angesichts der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit an. Demzufolge auch Mindereinnahmen bei den Steuern. Der Gürtel muss enger geschnallt werden. Die SVP-Fraktion nimmt wie jedes Jahr zur Kenntnis, dass für den Unterhalt der städtischen Liegenschaften zu wenig Geld investiert wurde. Mit einem doch ansehnlich erwirtschafteten Mietzinseinnahmeüberschuss von 6.8% ist es nicht nachvollziehbar, in welche Produktgruppe dieses Geld fliesst. Es wird befürchtet, dass es längerfristig bei den Liegenschaften kaum mehr um einen finanzierbaren Nachholbedarf ohne Gegensteuer geben wird. Bei der Artengliederung 43 Entgelte hat man bei den Baubewilligungsgebühren einen Mehrerlös von Fr. 70'000.-- und bei der gesetzlich vorgeschriebenen Spezialfinanzierung Abfall und Abwasser Fr. 410'000.-- erzielen können. Die SVP-Fraktion genehmigt den Geschäftsbericht 2008 und wird sich zu den einzelnen Direktionen bei der Detailberatung melden.

Stadtrat Muster Adrian, namens der FDP-Fraktion, informiert, dass man sich eingehend mit dem Geschäftsbericht 2008 auseinander gesetzt hat. Man kann sich eigentlich dem Votum des GPK-Präsidenten anschliessen. Der Geschäftsbericht ist umfassend und übersichtlich. Die Qualität wurde in den letzten Jahren immer besser. Über gewisse Kommentare kann immer diskutiert werden. Es stellt sich aber die Frage, wie viel Zeit es braucht um jede Floskel zu korrigieren. Die FDP-Fraktion ist im grossen und ganzen zufrieden und dankt der Verwaltung für die ausführliche Berichterstattung. Die Darstellung der Rechnung ist detailliert und umfassend. Es ist ein schwacher Trost, dass die Rechnung besser abschliesst als budgetiert wurde. Es tritt nun das Szenario ein, vor dem die FDP-Fraktion seit Jahren warnt. Die Ausgabenüberschüsse in Folge der hohen Investitionen müssen mit dem Eigenkapital aufgefangen werden. Das Eigenkapital wird schnell aufgebraucht sein und bereits in zwei Jahren werden wir mit einem Bilanzfehlbetrag konfrontiert. Die Folgekosten der grossen Investitionen treffen die Stadt Burgdorf mit voller Wucht. Zu allem Elend werden die Steuereinnahmen aufgrund der wirtschaftlichen Situation im gleichen Zeitraum ebenfalls zurückgehen. Deshalb beurteilt die FDP-Fraktion die künftige finanzielle Situation als sehr besorgniserregend. Die Stadtpräsidentin hat nach der Localnet-Abstimmung das deutliche Nein der Bevölkerung zur Vorlage als Auftrag zum Sparen interpretiert. Dieser Argumentation kann die FDP-Fraktion vollumfänglich folgen. Eine Steuererhöhung würde vom Stimmbürger nicht goutiert. Auch viele bürgerliche Stimmen haben Nein gesagt bei der

Localnet-Abstimmung, um zu zeigen, dass die Verwaltung zuerst sparen muss. Das Thema Steuern ist sicherlich das letzte Mittel. Wie die Verzichtsplannung gezeigt hat, können wir eigentlich nur Sparen mit der Verknappung der Mittel. Stadtrat Muster Adrian kommentiert einen Leserbrief, welcher nach der Localnet-Abstimmung in der Zeitung erschienen ist. Auch wenn die Steuern nicht um einen Zehntel gesenkt worden wären, hätte man das Geld trotzdem ausgegeben. In der öffentlichen Verwaltung kann man nur über die Mittel führen. Diese müssen knapp gehalten werden, ansonsten wird das Geld einfach ausgegeben. Die FDP-Fraktion wird alles unternehmen, damit eine Steuererhöhung verhindert werden kann. Zudem werden die kommenden Geschäfte genau überprüft und jedem Fall unterschieden, ob es sich um eine notwendige Ausgabe oder ein „nice to have“ handelt. Persönliche Interessen müssen in jedem Fall hinten anstehen. Es muss, wie es der GPK-Präsident an der letzten Sitzung treffend formuliert hat, tatsächlich mit dem Tafelsilber Diät gegessen werden. Die FDP-Fraktion genehmigt den Geschäftsbericht einstimmig.

Stadtrat Berger Stefan, namens der SP-Fraktion, orientiert, dass der Geschäftsbericht eingehend diskutiert wurde. Nach dem Prototyp und der Nullserie handelt es sich nun um den ersten verkaufswürdigen Geschäftsbericht. Der Dank gilt der gesamten Verwaltung für die geleistete Arbeit. Es ist erfreulich festzustellen, dass versucht wird, den mit NPM nötige Kulturwandel wirklich zu leben. Beim Geschäftsbericht ist die Rückschau auf die Legislaturplanung der letzten vier Jahre sehr interessant. Es konnte einiges erreicht werden, aber vieles auch nur teilweise. Die Form des Geschäftsberichtes ist sehr ansprechend. Beim Durchlesen hat es zum Teil ein Déjà-vu gegeben oder man war verwundert für was alles Informationen gesammelt werden. Auch wenn ein Aufwandüberschuss von knapp 2.5 Mio. Franken ausgewiesen wird, kann man sagen, dass es in Burgdorf Tradition ist besser abzuschliessen als zu budgetieren. Ob dies nun eine Frage des Budgets ist oder einfach zu Burgdorf gehört, wird so stehen gelassen. Nach Jahren des Schuldenabbaus hat Burgdorf im letzten Jahr wieder Kapital aufgenommen. Bei den heutigen Zinsen ist dies im Moment noch nicht ein so grosses Problem. In Zukunft wird es jedoch entscheidend sein, dass genau überlegt wird wo und wie man das Geld zum Wohle von Burgdorf einsetzen und ausgeben will. Der Blick auf den Finanzplan der kommenden Jahre zeigt eine ganz grosse Aufgabe, die auf uns wartet. Diese Situation wird im Rat sicher noch zu vielen Diskussionen führen. Man ist gespannt auf diese Diskussionen. Die SP-Fraktion stimmt den Anträgen 1 und 3 zu und dem Antrag 2 unter Vorbehalt der Nachkreditgenehmigung.

Stadträtin Mumenthaler Regina, namens der GFL-Fraktion, teilt mit, dass bereits alles gesagt wurde was es zu sagen gab. Die GFL-Fraktion dankt der Verwaltung und allen Beteiligten am Geschäftsbericht für die geleistete Arbeit. Es handelt sich um ein ansprechendes Werk. Wie jedes Werk hat auch dieses noch gewisse Mängel, aber man ist auf einem guten Weg. Verbesserungen sind immer möglich, aber der Geschäftsbericht ist bereits jetzt auf einem hohen Niveau. Es handelt sich um eine eindrückliche Dokumentation über die erbrachten Leistungen der Stadt Burgdorf. In den bereits vorgebrachten Voten wurde erwähnt, dass man über den besseren Abschluss gegenüber dem Budget erfreut ist. Diese Tatsache gibt der GFL-Fraktion eher zum Murren Anlass. Es stellt sich deshalb die Frage warum das Budget der Stadt Burgdorf nicht besser berechnet werden kann. Es wäre wünschenswert, wenn realistischer gerechnet würde. Zur Localnet-Abstimmung hätte Stadträtin Mumenthaler Regina eigentlich nichts sagen wollen, aber die Aussage von Stadtrat Muster Adrian kann nicht unkommentiert bleiben. Es ist verständlich, dass er in anderen Bevölkerungskreisen über diese Abstimmung diskutiert hat, aber bei den Nein Stimmen konnte kein Sparauftrag geordnet werden. Es sind eher Befürchtungen da, dass keine Kontrolle und keine Einflussmöglichkeiten mehr vorhanden wären bei der Hauseigenen Firma. Zu den einzelnen Direktionen werden während der Detailberatung weitere Bemerkungen folgen. Die GFL-Fraktion stimmt den Anträgen des GR zu.

Stadtrat Rappa Francesco, namens der BDP-Fraktion, teilt mit, dass man sich den Vorrednern anschliessen kann. Die BDP-Fraktion dankt allen Beteiligten aus der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Es wird in den nächsten Jahren immer wie einfacher, weil der Lernprozess indiziert wurde und der Geschäftsbericht in dieser Form bereits zum dritten Mal erstellt wurde. Es ist wichtig, dass der Rhythmus für die Kontrollen und Massnahmen gefunden wird. Die BDP-Fraktion stimmt dem Antrag des GR zu. Die textlichen Erklärungen sind zum Teil in gewissen Direktionen äusserst schwierig nachvollziehbar. Zudem sind die textlichen Erklärungen zum Teil auch nicht im Zahlenergebnis verständlich dokumentiert. Dreiviertel der Legislaturziele sind teilweise erreicht worden. Knapp ein Viertel sind erreicht worden und ein Ziel wurde nicht erreicht. Die verschiedenen Direktionen gehen mit NPM sehr unterschiedlich um und das schlägt sich auf das erreichte Budget in den Geschäftsbereichen aus. Weitere Bemerkungen folgen bei der Detailberatung. Die BDP-Fraktion dankt für die Erstellung des Geschäftsberichtes und wird diesem auch zustimmen.

DETAILBERATUNG

(Seiten bzw. Produktgruppen ohne Bemerkungen werden nicht aufgeführt.)

Seite 17-29

Stadtrat Grimm Christoph teilt mit, dass der SR vorhin über die neuen Legislaturziele informiert wurde. Es wurde mitgeteilt, was gespart oder zurück gestellt werden muss. Es ist gut, dass man sich darüber Gedanken gemacht hat und den SR rechtzeitig darüber informiert. In den Legislaturzielen auf den Seiten 20 bis 29 steht, dass 5 von 8 Legislaturziele erreicht worden sind, 13 Ziele nicht oder teilweise erreicht. Bei dieser Genauigkeit muss noch keine Katerstimmung aufkommen.

Seite 108-143

Stadtrat Bucher Theophil, namens der GFL-Fraktion, teilt mit, dass die Frage der Zielsetzungen und der Indikatoren nicht ganz eine einfache Sache darstellen. Am Beispiel der Baudirektion fällt auf, dass die Indikatoren relativ tief angesetzt sind und man sich deshalb fragen muss, ob die Baudirektion realistisch war, oder die Indikatoren zu tief angesetzt oder zu einfach zu erreichen waren. Bei den Beanstandungen der WC-Anlagen oder der unvollständigen Abfallroute muss kritisch hinterfragt werden, ob die Indikatoren nicht entsprechend angepasst werden sollten. Es besteht ein Zweifel, ob die Anzahl Haftpflichtfälle der geeignete Indikator darstellt. Man sollte versuchen eine bessere Messgenauigkeit zu erzielen. In der Baudirektion ist zudem die Entwicklung und der Wachstum in den letzten Jahren ein Ziel und geniesst einen relativ hohen Stellenwert. Es stellt sich jedoch die Frage, ob Wachstum per se gut ist. Der Wachstum generiert auch neue Investitionen. In Zukunft muss man bei zahlungskräftigen Steuerzahlern etwas vorsichtig vorgehen. Die GFL-Fraktion macht sich Sorgen, dass das Energiestadtlabel nur knapp erreicht wurde. Das Ziel war halten der 57%. Dieses Ziel ist jedoch nicht sehr ambitioniert. Diese Haltung hat eventuell auch dazu geführt, dass man etwas abgerutscht ist. Es wäre unschön, wenn das Label verloren gehen würde.

Seite 144-157

Stadträtin Mumenthaler Regina teilt mit, dass beim Produkt 3030 Parkplatz- und Parkhausbewirtschaftung ein grosses Fragezeichen gesetzt werden muss. Es ist überhaupt nicht klar, wie diese Beträge zustande gekommen sind. Eine weitere Frage stellt sich zum Wirkungsziel betreffend der Kennzeichnung der Signalisation. Im Jahr 2007 sind 18 Fälle bekannt und im Jahr 2008 sind es immer noch 6 Fälle. Es handelt sich um eine deutliche Verbesserung der Situation, aber es könnte noch besser geben. Die Signalisation beim Bahnhof ist gar nicht gut. Beim Leistungsziel betreffend den Besucherinnen und Besucher und den Parkplätzen sowie der Sicherheit ist es unverständlich, dass für freie Parkplätze regelmässige Kontrollen und für die Sicherheit nur sporadische Kontrollen stattfinden.

Seite 158-175

Stadtrat Rappa Francesco, namens der BDP-Fraktion, verweist auf den positiven Punkt auf der Seite 158. Der Gesamtaufwand ist tiefer als budgetiert. Auf der anderen Seite sind die Direktionseigene Gemeinkosten, welche höher sind als budgetiert. Speziell sind aber die Gesamterneuerungswahlen, welche zu einem Mehraufwand von Fr. 40'000.-- geführt haben. Die BDP-Fraktion hofft, kein schlechtes Gewissen haben zu müssen, weil man neu angetreten ist. In diesem Zusammenhang kann man sich aber Gedanken machen, ob nicht auch bei den Wahlen beim Wahlmaterial eine Gegenofferte eingeholt werden soll.

Stadtratspräsident Leibundgut Remo macht auf einen Schreibfehler auf der Seite 158 aufmerksam. Anstatt Einwohnerdienste steht Einwohnderdienste.

Stadtrat Aeschlimann Martin, namens der EVP-Fraktion, informiert, dass man bei der Eintretensdebatte keine Bemerkungen gemacht hat, weil bereits alles gesagt wurde. Die EVP-Fraktion möchte ebenfalls der Verwaltung für die geleistete Arbeit danken. Auf der Seite 174 zeigen sich exemplarisch die Schwierigkeiten von NPM. Bei der Einführung von NPM hat man lange über die NPM-Struktur diskutiert und festgehalten, dass diese nicht in jedem Bereich der Verwaltung so einfach umzusetzen ist. Das Leistungsziel bzw. der Indikator bei der Trauerbegleitung ist nicht ideal. Man fragt sich, ob jemand in der Verwaltung die Zeitungen und Trauerkarten durchblättern muss. Die Indikatorenbewirtschaftung könnte noch verbessert werden.

Seite 176-199

Stadtrat Haller Dieter möchte zum erwähnten Projekt Integration auf der Seite 177 bemerken, dass die Zielgruppe nicht schwierige Schüler und Schülerinnen sind, sondern Schülerinnen und Schüler mit besonderem Förderungsbedarf. Auf der gleichen Seite ist es störend, dass ein Mitarbeiter mit Namen im Zusammenhang mit dem Nichterreichen eines Zieles erwähnt wird.

Stadtrat Bucher Theophil verweist im gleichen Sinn wiederum auf drei Wirkungsziele. Auf der Seite 182 ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler, welche eine Anschlusslösung erreichen, mit 90% budgetiert. Kann das Ziel wirklich nur bei 90% liegen? Es wird akzeptiert, dass rund 20 Personen mit leeren Händen dastehen. Es müsste klar ein höheres Ziel gesetzt werden. Auf der gleichen Seite ist ein Wirkungsziel, bei dem die Schülerinnen und Schüler ihr Niveau halten oder verbessern. Dieses Ziel betrifft den pädagogischen, erzieherischen und schulischen Bereich. Ist es wirklich das Ziel, das Niveau zu halten und zu verbessern? Bei der Einschulung wird somit darauf geachtet, ein möglichst hohes Niveau zu erreichen. Ein Kind, das überfordert ist, wird besser zurückgestuft damit dieses nicht dauernd am Limit läuft. Auf der Seite 194 ist im Wirkungsziel 3 das Ziel beim Bedarf an Jugendräumen bei 40% angesetzt. Dieses Ziel wird zum Glück übertroffen. Diese Zielsetzung ist ambitionslos. Die Ziele müssen wie bereits erwähnt kritisch hinterfragt werden. In der Bildungsdirektion werden Sachen relativ schnell umgesetzt, manchmal schneller als es der Kanton vorschreibt. Bei diesem hohen Reformtempo muss auf den Berufsstand Lehrerschaft, welcher sehr vielen Anforderungen ausgesetzt ist, geachtet werden. Es ist Vorsicht geboten und man muss sich bewusst sein, dass der Bogen nicht überspannt werden darf.

Seite 200-225

Stadtrat Rappa Francesco, namens der BDP-Fraktion, bemerkt, dass auf der Seite 200 beim Erwachsenenenschutz die Rechnung doppelt so hoch ausgefallen ist wie budgetiert. Das gleiche gilt bei der Langzeitpflege. Die Direktionseigenen Gemeinkosten sind tiefer. Für diese Umstände finden sich jedoch keine Erklärungen in den Unterlagen. Die Begründung zum Nachkredit ist ungenügend. Auf der Seite 214 ist beim zweiten Leistungsziel 80% budgetiert und in der Rechnung 0%. Dasselbe ist auf der Seite 220 beim zweiten Leistungsziel zu finden. In der Rechnung sind 90% budgetiert und in der Rechnung 0%. Es ist komisch, dass ein Leistungsziel definiert wird, welches nur alle 3 bis 4 Jahre erhoben wird.

Stadträtin Rüfenacht Andrea bemerkt, dass auf der Seite 208 mehrere Leistungsziele nicht erreicht werden konnten. Die Sozialdirektion sticht trotzdem hervor, weil sie sich klar zu den nicht erreichten Leistungszielen bekennt. Die nicht erreichten Leistungsziele wurden klar begründet. Die Indikatoren sind nicht einfach zu definieren. Der gute Ruf einer Vormundschaftsbehörde ist schwierig. Es wurde aber erkannt, dass durchaus auch ein schwammiger Begriff zu Rückmeldungen führen kann. Im Bericht wurde dies erkannt und erwähnt. Es wurde gleichzeitig darauf hingewiesen, dass bereits Massnahmen am Laufen sind, damit der gute Ruf wieder hergestellt werden kann. Die Sozialdirektion ist dadurch positiv aufgefallen, dass sie sich dazu bekennen einige Ziele nicht erreicht zu haben.

Seite 226-245

Stadtrat Grimm Christoph hat auf der Seite 235 eine Frage zum Kommentar zur Produktgruppe betreffend Wangeleland. Es wird erwähnt, dass der Verkauf der Parzellen durch die weniger attraktive Lage etwas harzen wird. Es stellt sich die Frage, ob das Land auch im Baurecht abgegeben wird?

Hofer Peter, Leiter Finanzdirektion, teilt mit, dass bis jetzt nur der Verkauf geprüft wird. Drei weitere Parzellen konnten verkauft werden. Sobald ein Verkauf auf dem Markt nicht mehr gültig sein wird, wird auch dieses Anliegen geprüft.

Stadtratspräsident Leibundgut Remo bemerkt, dass der SR die Tabelle über die Nachkredite erhalten hat.

Beschlussanträge:

1. Von den in Kompetenz des Gemeinderates bewilligten Nachkrediten in den Produktgruppen 30, 40, 50, 52, 53, 60 und 62 wird Kenntnis genommen.
2. Die Überschreitungen der Voranschlagskredite in der Jahresrechnung in den Produktgruppen 30, 40, 50, 52, 53, 60 und 62 werden genehmigt.
3. Der Geschäftsbericht der Einwohnergemeinde Burgdorf mit Jahresrechnung 2008, die mit einem Aufwandüberschuss von 2'243'337 Franken abschliesst, wird genehmigt.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Beschlussanträge.

8. Stellungnahmen und Abschreibungsanträge des Gemeinderates zu den noch nicht erfüllten Motionen, Postulaten und Aufträgen

Vorstoss 1

Stadtrat Keller Hansjörg, namens der GPK, teilt mit, dass dieser Auftrag im Herbst 2008 um 2 Jahre verlängert wurde. Die Frist läuft bis am 18. September 2010. Der Auftrag ist noch nicht erfüllt. Deshalb beantragt die GPK einstimmig, den Auftrag aufrecht zu erhalten.

Der Stadtrat beschliesst einstimmig bei 1 Abwesenheit die Aufrechterhaltung des Auftrages.

Vorstoss 2

Stadtrat Keller Hansjörg, namens der GPK, verweist auf die Begründung im Vorstoss 1.

Der Stadtrat beschliesst einstimmig die Aufrechterhaltung des Auftrages.

Vorstoss 3

Stadtrat Keller Hansjörg, namens der GPK, teilt mit, dass der Auftrag im November 2006 überwiesen wurde und danach verlängert wurde, aber nur um 1 Jahr. Deshalb müsste der Auftrag im November 2009 erfüllt sein oder abgeschrieben werden, weil man nun nicht um ein weiteres Jahr verlängern darf. Die GPK beantragt einstimmig die Aufrechterhaltung des Auftrages.

Der Stadtrat beschliesst einstimmig die Aufrechterhaltung des Auftrages.

Vorstoss 4

Stadtrat Keller Hansjörg, namens der GPK, teilt mit, dass das Postulat noch nicht erfüllt ist und die Frist wurde verlängert. Die GPK beantragt einstimmig die Aufrechterhaltung des Postulats.

Der Stadtrat beschliesst einstimmig die Aufrechterhaltung des Postulats.

Vorstoss 5

Stadtrat Keller Hansjörg, namens der GPK, teilt mit, dass das Postulat im Mai 2007 überwiesen wurde. Es herrscht eine grosse Diskussion, was mit dem Vorstoss gemacht wurde. Entweder muss es nun verlängert oder abgeschrieben werden. Die GPK hat darüber diskutiert und eine Mehrheit ist der Auffassung, dass die Stellungnahmen des GR im weitesten Sinn den Forderungen des Postulats entsprechen und keine weiteren Erkenntnisse zu erwarten sind. Die GPK beantragt mit 5 Stimmen für die Abschreibung, 1 Stimme für nicht abschreiben und verlängern, bei 1 Enthaltung.

Gemeinderätin Rechner Beatrix informiert, dass wirklich alles Mögliche unternommen wurde. Die Sicherheitsdirektion, Sozialdirektion und Bildungsdirektion haben bei der Beantwortung zusammen gearbeitet. Diverse Sachen sind am Laufen, aber mehr kann man nicht machen. Der Bericht liegt nun in dieser Form vor.

Stadträtin Mumenthaler Regina, namens der GFL-Fraktion, orientiert, dass man sich nochmals für den Vorstoss stark machen will. Beim genaueren betrachten der Antworten hat man gemerkt, dass es etwas verwirrend ist. Gemäss Gemeinderätin Rechner Beatrix geht es in diesem Vorstoss gar nicht

um das HGG. Der Vorstoss bezieht sich auf die Neuerungen im HGG und steht klar in der Begründung. Im HGG steht: „Die Gemeinden überwachen die Einhaltung der Beschränkungen des Handels mit Tabak und alkoholischen Getränken.“ Dieser neue Artikel gibt den Gemeinden neue Instrumente in die Hand um wirksam etwas zu unternehmen. Die Stellungnahmen des GR sind nicht befriedigend. Es werden zwar Testverkäufe und eine Infoveranstaltung der Wirte durchgeführt, aber lässt man es dabei bleiben und unternimmt weiter nichts mehr. Man sieht, dass etwas gemacht wird. Dies wird auch geschätzt und anerkannt, aber man will wissen, wie die Auswirkungen der gemachten Massnahmen sind. Die GFL-Fraktion verlangt die Verlängerung des Postulats um 2 Jahre.

Gemeinderätin Rechner Beatrix teilt mit, dass die Wirte bereits zweimal im Jahr eingeladen werden. Die Wirte werden immer auf die Problematik des Alkohols und Tabaks aufmerksam gemacht. Es kann nicht viel mehr gemacht werden. Es ist so, dass die, die es nötig hätten, nicht anwesend sind und die, die es wissen, sind anwesend. Es werden Kontrollen gemacht, sei das in der Gasse oder im Restaurant. Es liegt nicht mehr drin.

Stadträtin Mumenthaler Regina, namens der GFL-Fraktion, informiert, dass trotzdem ein Hinweis fehlt, was bei fehlbaren Verkäufen geschieht.

Gemeinderätin Rechner Beatrix teilt mit, dass das Gesetz bei Fehlbaren zur Anwendung kommt, also eine Anzeige.

Der Stadtrat beschliesst mit 22 gegen 11 Stimmen bei 5 Enthaltungen die Abschreibung des Postulats.

Vorstoss 6

Stadtrat Keller Hansjörg, namens der GPK, teilt mit, dass der Auftrag noch nicht erfüllt ist und die Frist noch bis 2010 läuft. Die GPK beantragt einstimmig die Aufrechterhaltung des Auftrages.

Der Stadtrat beschliesst einstimmig bei 1 Abwesenheit die Aufrechterhaltung des Auftrags.

Vorstoss 7

Stadtrat Keller Hansjörg, namens der GPK, teilt mit, dass die Motion grundsätzlich ohne Verlängerung bis Mai 2010 gültig ist. Die Argumentation des GR hat die GPK überzeugt. Die GPK beantragt einstimmig die Abschreibung der Motion.

Stadtrat Aeschlimann Martin, namens der EVP-Fraktion, informiert, dass die Motion nicht abgeschrieben werden soll. Der GR verfolgt eigentlich das gleiche Ziel. Der Unterschied ist jedoch im Wortlaut. Es steht nämlich, ein entsprechendes Verkehrsregime in allen Wohnquartieren einzuführen. Im Meiefeldquartier hat man bereits erste Massnahmen umgesetzt und in nächster Zeit folgt das Gsteig- und Neumattquartier. Dies ist grundsätzlich gut, aber es kann nicht der Quartierbevölkerung überlassen werden ob sie will oder nicht. Der GR ist der Meinung, dass wenn nachweisbar ein Bedürfnis im Quartier besteht Verkehrsberuhigungsmassnahmen umgesetzt werden können. Der GR wurde beauftragt, flächendeckend in allen Wohnquartieren entsprechende Verkehrsregime einzuführen. Deshalb ist es unverständlich, warum die Quartierleiste schlussendlich entscheiden dürfen. Dies ist demokratisch ein Problem. Die Aussage ist eigentlich klar und die Motion eindeutig. Die entsprechenden Verkehrsregime müssen in allen Wohnquartieren umgesetzt werden. Das Ziel ist die Verkehrssicherheit für alle zu verbessern und zu erhöhen. Der SR wird gebeten, die Motion nicht abzuschreiben.

Der Stadtrat beschliesst mit 23 gegen 13 Stimmen bei 2 Enthaltungen die Abschreibung der Motion.

Vorstoss 8

Stadtrat Keller Hansjörg, namens der GPK, teilt mit, dass die Argumentation des GR überzeugend ist. Die GPK beantragt einstimmig die Abschreibung des Postulats.

Stadträtin Mumenthaler Regina, namens der GFL-Fraktion, orientiert, dass man mit der Abschreibung einverstanden ist. Die neue eidgenössische Waffengesetzgebung hat leider nicht den gewünschten Erfolg gebracht.

Der Stadtrat beschliesst einstimmig die Abschreibung des Postulats.

Vorstoss 9

Stadtrat Keller Hansjörg, namens der GPK, teilt mit, dass die Motion noch nicht erfüllt ist und die Frist noch läuft bis im September 2010. Die GPK beantragt einstimmig die Aufrechterhaltung.

Der Stadtrat beschliesst einstimmig die Aufrechterhaltung der Motion.

Vorstoss 10

Stadtrat Keller Hansjörg, namens der GPK, teilt mit, dass das Postulat noch nicht erfüllt ist und die Frist noch läuft bis im September 2010. Die GPK beantragt einstimmig die Aufrechterhaltung.

Stadtrat Rosser Bruno verweist auf einen Fehler. Die Fr. 50.-- werden pro Jahr und nicht Altersjahr berechnet.

Stadratspräsident Leibundgut Remo teilt mit, dass der Fehler bereits korrigiert ist.

Der Stadtrat beschliesst einstimmig die Aufrechterhaltung des Postulats.

Vorstoss 11

Stadtrat Keller Hansjörg, namens der GPK, teilt mit, dass der offizielle Bericht noch nicht vorliegt, obwohl den Medien entnommen werden konnte, dass angeblich die Einführung von weiteren Mehrjahrgangsklassen in anderen Schulen bereits beschlossen worden ist. Die GPK findet es befremdend, wenn die Einführung von Mehrjahrgangsklassen in anderen Schulen bereits beschlossene Sache ist obwohl der Bericht noch nicht vorliegt. Falls die Medienmitteilung stimmt, hätte der Bericht bereits an der letzten Stadtratssitzung erfolgen können. Der SR hat noch keinen Bericht erhalten, deshalb ist die GPK der Meinung, dass das Postulat aufrecht erhalten werden soll.

Der Stadtrat beschliesst einstimmig die Aufrechterhaltung des Postulats.

Vorstösse 12, 13, 14, und 15

Stadtrat Keller Hansjörg, namens der GPK, teilt mit, dass diese Vorstösse noch nicht erfüllt sind und die Frist noch bis im September 2010 läuft. Die GPK beantragt einstimmig die Aufrechterhaltung der Vorstösse 12, 13, 14 und 15.

Der Stadtrat beschliesst einstimmig die Aufrechterhaltung der Vorstösse 12, 13, 14, und 15.

9. Verschiedenes und Unvorhergesehenes

Es werden folgende Parlamentarische Vorstösse und Aufträge eingereicht:

- Auftrag EVP-Fraktion betreffend verbesserte Steuerung des städtischen Finanzhaushaltes
- Motion FDP-JF-Fraktion betreffend Standberichte zur Realisierung der Umfahrung von Burgdorf
- Interpellation Evelyne Schächli-Droz (FDP) betreffend Verkehrssicherheit bei der Bushaltestelle Jungfraustrasse
- Interpellation Urs Pfister (CVP) betreffend Verordnung über die verwalteten Stiftungen der Stadt Burgdorf
- Interpellation EVP-Fraktion betreffend Projekt Zusammenarbeit Kadettenmusik und Musikschule

Stadtratspräsident Leibundgut Remo informiert über die Einladung zum Spatenstich des Eissportzentrums Emme vom 3. Juli 2009.

Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth wünscht allen schöne Sommerferien und eine schöne Soläette sowie eine gute Erholung. Der GR hat an der Soläette die Gemeindepräsidenten der umliegenden Gemeinden zum Mittagessen eingeladen.


Stadtratspräsident Leibundgut Remo teilt mit, dass für den Schlummertrunk im Hotel Stadthaus reserviert ist und schliesst sich den Wünschen von Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth an. Am 24. August 2009 findet die Informationsveranstaltung des SR statt.

Schluss der Sitzung: 21.30 Uhr

NAMENS DES STADTRATES

Der Stadtratspräsident

Für das Protokoll



Remo Leibundgut

Brigitte Henzi

Burgdorf, 26. August 2009 / hbr